



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21891-33
Fernschreiber 0986890

E/XII/51 - 1. März 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

Ergebnis der Ollenauer-Reise	S. 2
Die Konferenz von Canberra	S. 3
Von der Prestige Wirtelings	S. 5
Ollenauer-Reise im Spiegel der inter- nationalen Presse	S. 6
Zum Adenauer-Brief an Bulganin	S. 8

Gute Arbeit für Deutschland

sp - Wenn der Oppositionsführer im Deutschen Bundestag, Erich Ollenauer, am Freitagabend von seiner fast dreiwöchigen Informationsreise nach den USA und Kanada wieder zurückkehrt, kann man mit Recht sagen, er hat für Deutschland eine gute Arbeit geleistet. Selbstverständlich konnte niemand erwarten, dass die amerikanischen Politiker und Staatsmänner, mit denen Ollenauer über die deutschen und europäischen Probleme gesprochen hat, erklären würden, sie seien jetzt davon überzeugt, dass die sozialdemokratischen Vorstellungen für sie in jeder Beziehung akzeptabel seien. Aber eines steht heute schon fest: Die Gesprächspartner Ollenauers in den USA und Kanada und auch die amerikanische Öffentlichkeit - vertreten durch die größten Zeitungen - wissen heute "aus erster Quelle" wie die Sozialdemokratie denkt und dass sich eine von der SPD geführte deutsche Bundesregierung nicht auf Experimente mit der Freiheit und Sicherheit einlassen wird.

Dieses Wissen hat ihnen der Repräsentant der deutschen Sozialdemokratie vermittelt. Er hat aber ebenso deutlich - auch den Präsidenten der Vereinigten Staaten - gesagt, dass die Wiedervereinigung Deutschlands nicht kommen wird, wenn man glaubt, dass ganze Deutschland in die NATO einbeziehen oder etwa an den Warschauer Pakt binden zu können. Beide Vorstellungen von einer solchen "Lösung" des Deutschlandproblems gefährden die Sicherheit des deutschen Volkes ebenso

sehr wie die Sicherheit Europas. Und woil das so ist, - es wird im Grunde genommen von niemandem mehr bestritten - muss an die Stelle der Politik der Einbeziehung der beiden deutschen Teilstaaten in einander feindlich gegenüberstehende Militärblöcke die andere, bessere Politik der kollektiven Sicherheit in Europa mit Einschluss und auf der Grundlage des wiedervereinigten Deutschland gesetzt werden; eines wiedervereinigten Deutschland, das mit gleichen Pflichten und Rechten seinen Beitrag an der Erhaltung der Sicherheit in Europa leistet, wie alle anderen Teilnehmer dieses von der Sozialdemokratie angestrebten kollektiven Sicherheitssystems.

Es gibt gar keinen Zweifel darüber, dass die amerikanische Öffentlichkeit heute - nach dem Besuch Ollenhauers in den Vereinigten Staaten - diese Vorstellungen der deutschen Sozialdemokratie zur Überwindung einer die Sicherheit des deutschen Volkes und Europas von Tag zu Tag mehr gefährdenden militärischer Blockpolitik diskutiert. Wäre nur dieses Ergebnis der Ollenhauer-Reise zu verzeichnen, dann könnte sie schon als ein politischer Erfolg gewertet werden.

Das zweite wichtige Ergebnis dieser Reise lässt sich wie folgt zusammenfassen: Den Amerikanern ist offenbar bewusst geworden, dass die Begriffe Deutschland und deutsche Politik nicht gleichzusetzen sind mit dem Namen Adenauer. Bisher lebten sie in der Vorstellung, es gebe zu Adenauer und seiner auf rein militärischen Sicherheitsvorstellungen gleichgeschalteten Politik keine Alternative. Die Tatsache, dass die Amerikaner in Ollenhauer einen Mann kennengelernt haben, der mit seinen politischen Vorschlägen neue und diskussionswürdige Perspektiven für die europäische Politik eröffnet, ohne dabei das Sicherheitsbedürfnis der freien Welt ausser Acht zu lassen, hat sie nachdenklich gestimmt. Viele Presse- und Rundfunkkommentatoren, zahlreiche Politiker, die Gesprächspartner Ollenhauers waren, liessen durchblicken, wie notwendig ihnen das Überdenken ihrer bisher für "einzig richtig" gehaltenen Auffassung erscheint.

Wenn also Ollenhauers Reise dazu beigetragen hat, diesen Prozess des Überdenkens zu fördern, der Diskussion über die bisherige fehlerhafte Sicherheitspolitik eine neue Richtung zu geben, dann ist ein wesentlicher Schritt auf dem Wege zur Sicherung des Friedens in Europa getan.

Asiatische Pakt-Dämmerung

H.B. Marx kann gegen die NATO sagen, was man mag, ausser den Plan-Divisionen, die auf dem Papier stehen, kann General Norstad auch über einige wirklich vorhandene Befehlsstellen. Bei der SEATO, der Südostasiatischen Paktgemeinschaft, sieht es noch viel böser aus. Sie besteht praktisch nur aus der Gründungsurkunde, ist also nie über das Baby-Stadium hinausgekommen, ja noch nicht einmal zu ein paar Zähnen hat es gereicht.

Mit diesem für ein militärisches System unmöglichen Zustand werden sich Anfang März die acht Aussenminister der SEATO-Staaten in Canberras Hauptstadt beschäftigen. Dass Dulles, der zu dieser Sitzung erwartet wird, sich mit sehr gemischten Gefühlen auf die Reise macht, nimmt nicht wunder. Und auch von seinem englischen Kollegen Selwyn Lloyd kann man nicht erwarten, dass er der SEATO handfeste Versprechungen auf ein paar britische Soldaten oder Flugzeuge mitbringt. Denn England befindet sich mitten in der Umrüstung und im Sparen. Und wenn schon für die NATO und die WEU nichts mehr vom englischen Tisch abfällt, kann die SEATO erst recht nicht mit britischer Unterstützung rechnen. Frankreichs Aussenminister Pinson schliesslich hat ebenfalls andere Sorgen, als dass er auch nur einen einzigen aktiven Soldaten ertreiben könnte. Ausserdem plant auch das Pariser Kabinett drassische Sparmassnahmen.

Das ist kein gutes Omen für eine Konferenz, die sich offiziell mit der Stärkung der Paktgemeinschaft befassen soll. Aber im Ernst denkt daran auch niemand mehr. Denn als die jetzt bevorstehende Sitzung routinemässig festgelegt wurde, war Stalin gerade tot. Seitdem aber hat sich soviel geändert, dass in Washington wie in London und Paris ernsthaft erwogen wird, ob man den ungerateten Wechselbeig, genannt SEATO, nicht am besten in den Pazifik werfen sollte. Aus Washington liegen jedenfalls Informationen vor, die eindeutig besagen: Nach amerikanischer Auffassung ist die SEATO nutzlos und könnte ohne weiteres abgeschrieben werden.

Nun war die SEATO von Anfang an keine sehr glückliche Schöpfung. Denn als rein asiatische Nationen rangieren eigentlich nur Thailand,

SPD-Pressedienst

P/XII/51

- 4 -

1. März 1957

Pakistan und die Philippinen. Neuseeland und Australien dagegen fühlten sich nicht mehr Asien zugehörig. Und England und Frankreich engagierten sich nur wegen ihres asiatischen Kolonialbesitzes. Doch seit Frankreich Indochina verlor und in Algerien grossen Kummer hat, ist es vorverständlicherweise an der asiatischen Verteidigung nicht mehr über Gebühr interessiert. Und auch die Briten haben keine Alpträume mehr wegen Malaya, Singapore und Hongkong. Vielmehr will ja London auch seine dortigen Garnisonen nicht unerheblich reduzieren, ja evtl. ganz aufgeben.

Bleibt als einzige Potenz die Weltmacht USA. Doch in Amerika macht sich ein militärisch-politisches Umdenken bemerkbar, seit bekannt wurde, dass die Fernwaffen ausseramerikanische Stützpunkte weitgehend überflüssig machen. Ausserdem besitzen die USA genügend zweiseitige Beistandsverträge - mit Nationalchina, Japan und den Philippinen -, um bequem auf die schwankende Hängebrücke der pazifischen NATO verzichten zu können.

So wird es niemand in Erstaunen versetzen, wenn die weltweite Paktdämmerung ausgerechnet im südostasiatischen Raum evtl. zum ersten Mal ganz greifbare Formen annimmt und mit der Beerdigung eines militärischen Systems endet, das in der frostigsten Phase des kalten Krieges geboren wurde, aber niemals recht lebensfähig war. Die amerikanische Entscheidung scheint im Übrigen schon gefallen zu sein, denn die im allgemeinen gut unterrichtete "New York Herald Tribune" meldete dieser Tage aus sicherer Quelle: In State Department ist man der Auffassung, dass die Fahrt von Dulles nach Canberra eine Zeitvergeudung ist. Aber offerbar will Dulles beim Reichengang dabei sein, denn sonst hätte er sich die Reisespesen sparen können.

* * *

- 5 -

Vergebliche Liebesmüh'

E.R. Wie jetzt bekannt wird, spielen unbeherrschbare Kreise der CDU mit dem Gedanken, das Prestige des Bundesministers für Familienfragen durch eine Flugblatt-Aktion aufbessern zu wollen. Man plant die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Etat des Familienministers Wümmeling bei den Beratungen über den Bundeshaushalt 1957/1958 als Ausdruck der betonten Familienfeindlichkeit der SPD zu brandmarken.

Versuche der CDU, aus der Ablehnung des Etats des Familienministers Kapitel schlagen zu wollen, sind töricht, die Behauptungen zudem völlig aus der Luft gegriffen. Die Freunde des Herrn Familienministers täten gut daran, ihre Absichten rechtzeitig aufzugeben. Der deutsche Wähler und die gesamte Öffentlichkeit haben sich schon längst ein Urteil über die "familienfeindliche Haltung" der SPD und erst recht über den CDU-Minister Herrn Wümmeling gebildet. Ganz abgesehen von den unerfreulichen Auseinandersetzungen mit der CDU um die Kindergeldgesetze - bei denen der CDU/CSU der "Sachverstand" aller übrigen Parteien nicht passte - hat die Haltung des Familienministers und der ihn unterstützenden CDU/CSU erst in jüngster Vergangenheit wieder gezeigt, wie wenig die Anliegen der Familie von der CDU/CSU ernst genommen werden.

Die CDU sollte bedenken, dass beispielsweise die Ablehnung des SPD-Antrages auf Gewährung von Elternrenten in namentlicher Abstimmung bei der Beratung der Rentengesetze durch die CDU/CSU bekannt ist. Der zuständige Familienminister aber, um dessen Prestige einige Herren der CDU /CSU offensichtlich sehr besorgt zu sein scheinen, schwieg bei diesen wichtigen Auseinandersetzungen. Er schwieg selbst dann noch, als die Alterspräsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Eiders, ihn als zuständigen Familienminister mit allem Nachdruck um eine Erklärung für seine ablehnende Haltung bat. Sein Schweigen war Ausdruck "seines besonderen Verständnisses" für die Fragen der Familie. Man braucht also gar nicht bei den bemerkenswerten "Eileiswiftelkäufen" des Herrn Familienministers anzusetzen, um Stoff für eine Auseinandersetzung über die Ewendigkeit des Familienministeriums zu finden. Wie immer zöhlen bei solchen Auseinandersetzungen nicht die Worte, sondern die der Öffentlichkeit bekannten Taten der CDU/CSU.

Ollenbauer-Reise im Spiegel der internationalen Presse

sp - Erich Ollenbauer, der Oppositionsführer im deutschen Bundestag, kehrt nach fast dreiwöchigen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten und Canada zurück. Die deutsche und internationale Presse aller Schattierungen hat der Reise Ollenbauers eine beachtliche Aufmerksamkeit gewidmet. Dies ist umso bemerkenswerter, als gerade während des Aufenthaltes Ollenbauers in den Vereinigten Staaten die wieder zugespitzte Nahost-Krise das Interesse der amerikanischen Öffentlichkeit stark in Anspruch genommen hatte.

Die nachstehenden Auszüge aus Artikeln von Zeitungen mit internationaler Bedeutung geben interessante Übersicht über die vorläufige Beurteilung der Ollenbauer-Reise.

Pines, 9.2.1957 (Am Tage vor dem Abflug)

"...Aus diesen Grunde wird der Reise des sozialdemokratischen Führers beträchtliche Bedeutung beigegeben. Und die Ergebnisse der Meinungserforschungen, die für das Wahljahr eine grosse Anhängerschaft seiner Partei ausweisen, dürften in Washington sorgfältig studiert werden..."

New York Times, 10.2.1957

"Indem er diesen Punkt des sozialdemokratischen Programms (d.h. Deutschlands Wiedervereinigung muss gemeinsam von den vier Grossmächten erreicht werden; Ann.Übers.) hervorhebt, versucht Herr Ollenbauer die Amerikaner davon zu überzeugen, dass seine Partei psychologisch, politisch und kulturell keinesfalls an Weston Verrat üben will, und dass sie daran verdient, als verlässliche und verantwortliche demokratische Organisation angesehen zu werden..."

New York Times, 10.2.1957

"...Die Sozialdemokraten würden die Reise als grossen Erfolg verbuchen, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten sich entschliesse, während der diesjährigen Wahl neutral zu bleiben..."

New York Post, 11.2.1957

"Die heutige Ankunft eines rüchlichen Mannes aus Westdeutschland findet den Präsidenten auf Urlaub und keinen roten Teppich in Sicht, aber was er vertritt, könnte sich eines Tages als wichtiger erweisen als all das Öl von Saudi-Arabien..."

Washington Evening Star, 15.2.1957

"Erich Ollenbauer...ist in einer zweifachen Mission nach den Vereinigten Staaten gekommen...es war höchst aktuell, dass er dies tat. Mr. Ollenbauer, auch als der deutsche "Clement Attlee" bekannt, hat sich nie in extreme Positionen drängen lassen und kann auch nicht einer rein destruktiven Opposition gegenüber der Adenauer-Regierung angeklagt werden. Sollten die Sozialdemokraten...die Wahlen verlieren, wird Mr. Ollenbauer auch dann noch ein starker politischer Führer sein. Darum also, sollte sein Besuch hier...von Wert sein".

Milwaukee Journal, 15.2.1957

"Es ist gut, dass Mr. Ollenbauer hier seine Sache vertritt. Er sollte aufmerksame Zuhörer finden, insbesondere im State Department, das lange Zeit hindurch höflich-gleichgültig sich gegenüber der "loyalen Opposition" verhielt. Dieses Land hier könnte in einem Jahr schon sich in der Lage befinden, mit den Sozialdemokraten verhandeln zu müssen; wir wünschen in jeder Weise mit ihnen in Freundschaft und Verständnis zu verhandeln".

San Mateo Times, 16.2.1957

"...es wird schwierig sein, ihm (Ollenbauer) eine Einladung in das Weisse Haus zu verweigern, denn er könnte einmal Adenauers Nachfolger sein...Seine Ernennung (Bruces Ernennung zum Botschafter in Bonn) könnte auch eine Vorsichtsmaßnahme hinsichtlich einer möglichen Wahl Ollenbauers zum Bundeskanzler bedeuten, da Conant die diplomatischen Gepflogenheiten, jeden Kontakt mit den Sozialdemokraten zu vermeiden, zu beobachten hatte..."

Oakland Tribune, 16. 2. 1957

"...er (ollenbauer) hat es erreicht, dass seine Partei psychologisch, politisch und kulturell mit dem Westen verbunden ist...Zwar kann Mr. Ollenbauer nicht von uns erwarten, dass wir in diesen Meinungsverschiedenheiten neutral bleiben (zwischen Ollenbauer- und Adenauer-Auffassung); denn auf der Zukunft Deutschlands beruht die Zukunft Europas und damit der gesamten freien Welt. Aber es ist zu hoffen, dass wir seinen Ansichten freimütig lauschen und sie achtungsvoll prüfen".

Washington Post, 19.2.1957

"...Es bedeutet aber auch, dass, sollte Ollenbauer und seine Partei bei den Wahlen gewinnen, man von den Vereinigten Staaten erwartet, dass sie einen Wechsel in der europäischen Politik so tatkräftig fördern, dass er für die Deutschen billigenwert ist. Das aber erfordert eine radikale Revision der amerikanischen Bemühungen um die europäische Sicherheit".

New York Times, 20.2.1957

"Die Politiker des State Department, die immer noch Adenauers Politik der westdeutschen Mitgliedschaft in der NATO kräftig unterstützen, stehen der sozialistischen Haltung fremd gegenüber... Washington hat aber Ollenbauer höflich und mit zugewandtem Interesse zugehört..."

New Statesman and Nation, 23.2.1957 (aus Bonn)

"Dieser Besuch Erich Ollenbauers in Washington hat Adenauer mehr Unruhe und Verlegenheit verursacht als die Bulganin-Note. Und das nicht ohne Grund. Herr Ollenbauers Programm schliesst ebenso ein Zusammentreffen mit Präsident Eisenhower, Konferenzen im State Department und Pentagon, wie sein Erscheinen auf dem Fernsehschirm und im Rundfunk ein. Noch dazu beginnt hier (in Bonn) die amerikanische Botschaft ein Interesse an der SPD zu zeigen".

Eine neue Moskareise ?

sp - Der Brief Adenauers an Bulganin, dessen Ton und Inhalt bereits in der Morgenpresse vom Freitag verhältnismässig ausführlich gewürdigt wurde, hat in Bonner politischen und diplomatischen Kreisen besondere Aufmerksamkeit in Bezug auf folgenden Satz erweckt: "Nach diesem Auftakt (gemeint ist die günstige Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, d.Red.) lassen sich die Handelsbeziehungen noch weiter entwickeln, und ich schlage Ihnen vor, alsbald in Regierungsbesprechungen hierüber einzutreten. Ich teile Ihre Ansicht, dass der Ausbau von Handelsbeziehungen dazu geeignet ist, die politische Atmosphäre zu verbessern."

Was soll dieser Hinweis auf "Regierungsbesprechungen" bedeuten? Erkundigungen haben ergeben, dass bei den zuständigen Stellen des Auswärtigen Amtes von einer Vorbereitung solcher "Regierungsbesprechungen" nichts bekannt ist. Daraus lässt sich schliessen, dass der Bundeskanzler die Absicht zu haben scheint, eine Einladung aus Moskau zu solchen "Regierungsbesprechungen" sozusagen als Sonderunternehmen herbeizuführen.

Diese Überlegungen stimmen mit Vermutungen überein, die bereits seit einiger Zeit in Bonn von diplomatischen Beobachtern der Westmächte im Hinblick auf eine neue Moskareise Adenauers geäussert werden. Zweck einer solchen Moskareise - so wird angedeutet, - sei es, dem Bundeskanzler Gelegenheit zu geben, gerade vor den Wahlen darzutun, dass er auf allen Klavieren zu spielen in der Lage ist. Der Bundeskanzler wisse ganz genau, dass, wenn seine Partei bei den kommenden Bundestagswahlen wieder günstig abschneiden will, sich beeilen muss, den von breitesten Schichten des deutschen Volkes für notwendig gehaltenen normalen Kontakt zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion im Interesse der Wiedervereinigung herzustellen. Seit der ersten Moskareise Adenauers und der dort vom Bundeskanzler abgegebenen Versicherungen, man werde das Verhältnis zwischen Bonn und Moskau normalisieren - was nicht geschehen ist - bleibe nur dem Kanzler kaum etwas anderes übrig, als mindestens den Anschein zu erwecken, Versäumtes nachholen zu wollen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markschaffel